



Niederschrift 26. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.02.2006
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee , Haus 9, Raum 107

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE. PDS	Leitung der Sitzung
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Bohn, René	CDU	
Frau Dr. Falticzka, Karla	DIE LINKE. PDS	Teilnahme ab 18:35 Uhr
Herr Geisler, Martin	CDU	
Herr Klamke, Volker	SPD	
Frau Naumann, Saskia		
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE. PDS	
Frau Wettstaedt, Bärbel		
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Fischer, Heike	FBL Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Frau Rom, Karin	FB Reg. Weiterbildung	
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	
Frau Fischer, Gabriele, Beigeordnete		

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Unentschuldigt
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	Entschuldigt
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	Entschuldigt
Herr Stief, Norbert	SPD	Unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 25. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der SVV

- 2.1 Oberstufenzentrum I Technik Potsdam Errichtung von Bildungsgängen zum Schuljahr 2006/2007
Vorlage: 05/SVV/1060
- 2.2 Schließung des Espengrund-Gymnasium (11)
Vorlage: 05/SVV/1084
- 2.3 Abbau der Sekundarstufe I an der Regenbogenschule (7) Fahrland - Oberschule - und Fortführung als Grundschule
Vorlage: 05/SVV/1085
- 3 Sachstand Umzug Jugendwohnheim 'Am Schlaatz' unter Bezug auf DS 06/SVV/0005 (kleine Anfrage)
- 4 Sonstiges
 - 4.1 Regionalwettbewerb Jugend musiziert - Region West
 - 4.2 Grundbildung für Erwachsene
 - 4.3 Information zum Campus Am Stern
 - 4.4 Information aus dem Jugendhilfeausschuss - Umsetzung des Ganztagschulprogramms (Vorlage: 05/SVV/0926)
 - 4.5 Schwimmhallennutzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 25. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung**

Dr. Steinicke begrüßt Frau Wettstaedt als neue sachkundige Einwohnerin und Herrn Arndt als neues Ausschussmitglied. Zu Beginn der Sitzung sind 5 Mitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Im Protokoll der 25. Sitzung bittet Dr. Steinicke um Änderung auf Seite 1 unter „Nicht anwesend sind“. Saskia Naumann ist Mitglied der FAMILIEN-PARTEI. Frau Drohla bittet um Berichtigung auf Seite 5. In ihrem Redebeitrag sind auf dem Wort Förderung die ö-Striche zu setzen. Zur heutigen Tagesordnung gibt es vier Ergänzungswünsche unter TOP Sonstiges. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme. Der Brief an den Ausschuss für Bildung und Sport des Landtages, wie unter Sonstiges festgelegt, wurde noch nicht geschrieben. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Protokoll der 25. Sitzung mit den vorzunehmenden Änderungen und der erweiterten Tagesordnung zu.

Frau G. Fischer informiert, dass sie zur Versetzung von Schulleitern im Gespräch mit dem MBSJ sei. Sie wird ein Nachfrageschreiben an den Minister richten.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Protokoll mit vorzunehmenden Änderungen und einer gegenüber der Einladung unter Sonstiges erweiterten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 2
zu 2.1

Überweisungen aus der SVV

Oberstufenzentrum I Technik Potsdam Errichtung von Bildungsgängen zum Schuljahr 2006/2007

Vorlage: 05/SVV/1060

Frau G. Fischer erläutert die Vorlage. Die Voraussetzungen für die zur Errichtung vorgeschlagenen Bildungsgänge sind gewährleistet. Sie bittet um Zustimmung.

Frau Drohla fragt nach der Klassenfrequenz bei Einzügigkeit.

Herr Weiberlenn informiert, diese beträgt 30 Schüler.

Frau Dr. Lotz hinterfragt den Bedarf des staatlich geprüften denkmaltechnischen Assistenten und Einsatzmöglichkeiten nach der Ausbildung.

Herr Lück, Schulleiter des OSZ I-Technik, erklärt, man dürfe nicht nur den Bedarf sehen. Seit Jahren gibt es eine Ausbildungslücke, die gedeckt werden muss durch verschiedene Berufsbildungsmaßnahmen. Berufsorientierende und berufsvorbereitende Grundbildung stellen Auszubildende in eine Warteschleife. Assistentenberufe sind eine Möglichkeit für Jugendliche einen qualifizierten Abschluss zu erhalten und anschließend eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

Frau G. Fischer ergänzt, dass die Bundesagentur für Arbeit den Bedarf bestätigt hat.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Am Oberstufenzentrum I Technik wird zum Schuljahr 2006/2007 der Bildungsgang der Berufsfachschule Assistent / Assistentin nach Landesrecht für folgende Berufe errichtet:

1. **Staatlich geprüfter denkmaltechnischer Assistent / denkmaltechnische Assistentin**
2. **Staatlich geprüfter technischer Assistent / technische Assistentin für Datenverarbeitung (Bauwesen).**

Als Aufnahmekapazität wird jeweils 1-Zügigkeit festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

7 Stimmen dafür

einstimmig

zu 2.2

Schließung des Espengrund-Gymnasium (11)

Vorlage: 05/SVV/1084

Frau G. Fischer erläutert die Vorlage und bittet dieser zuzustimmen.

Frau Drohla bringt einen **Ergänzungsantrag** ein.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung DS 05/SVV/0184 soll um folgenden Text ergänzt werden:

3. Die von der Schulkonferenz des Espengrund-Gymnasiums gestellten For-

derungen sind zu berücksichtigen:

- Erhalt des Rechtsanspruches der Schüler des gymnasialen Bildungsganges, an einem Gymnasium der Stadt zu lernen
- Integration des Espengrund-Gymnasiums in das Leibniz-Gymnasium
 - bei Erhalt der ausgewählten Unterrichtsfächer und Kurse
 - bei Kontinuität im Einsatz der Lehrkräfte
- Gründung einer Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Gestaltung des Auslaufs- und Integrationsprozesses

Frau Winkler, Vorsitzende der Schulkonferenz des Espengrund-Gymnasiums, erhält Rederecht. Sie verweist auf die Diskussionen der letzten zwei Jahre und auf entstandene Gerüchte auf Grund von Zeitungsartikeln in den letzten Tagen, wonach die Voltaire-Schule und die Goethe-Schule Gymnasien gründen wollen und der Schulträger des Neuen Gymnasiums überlegt, im Gebäude des Espengrund-Gymnasiums ein Filmgymnasium zu etablieren. Sie bittet darum, nochmals zu überdenken, was man mit dem Espengrund-Gymnasium machen kann, die Aktivitäten der Schule zu sehen und vielleicht bis 2008 eine andere Möglichkeit zu finden. Man kann nicht ein Gymnasium schließen und andere eröffnen. Man sollte auch die Möglichkeit der Tradition des Althoff-Gymnasiums in Babelsberg aufgreifen.

Herr Bogel-Meyhöfer verweist auf die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes. Für den Fall der nicht ausreichenden Anwahl im Schuljahr 2006/07 in der Jahrgangsstufe 11 ist die Beschulung am Leibniz-Gymnasium ein Jahr früher notwendig. Das muss der Schulträger in seiner Planung berücksichtigen. Zum Ergänzungsantrag von Frau Drohla bemerkt er, dass man Aufgaben des Schulträgers und des Schulamtes trennen müsse. Unter dem zweiten Anstrich aufgeführten Dinge muss das Schulamt verantworten. Den Erhalt der Kurse und Fächer muss das Staatliche Schulamt garantieren. Den Einsatz der Lehrkräfte wird man nicht garantieren können.

Herr Bretz wird dieser Vorlage seine Zustimmung nicht geben. Für Babelsberg wäre ein Gymnasium wünschenswert. Er bedauert die Situation der Schüler, die diesen Umständen ausgesetzt sind.

Dr. Steinicke erklärt, dass der Einreicher des Ergänzungsantrages in Auswertung der Einwände von Herrn Bogel-Meyhöfer den zweiten Unteranstrich im zweiten Anstrich streicht, also die Passage „bei Kontinuität im Einsatz der Lehrkräfte“.

Frau Dr. Lotz führt aus, dass ihre Fraktion schon vor Jahren der Schließung zugestimmt hätte. Dann würde es diese Situation vielleicht nicht geben. Sie stimmt der Vorlage zu. Den Ergänzungsantrag hält sie nicht für notwendig.

Frau Drohla findet, dass die Betroffenen in den Vorschlag einbezogen werden müssen. Die Beschlussvorlage ist vom 22.12.2005, die Stellungnahme der Schulkonferenz vom 25.01.2006.

Herr Arndt meint, dass jede Schulschließung weh tut. Vor zwei Jahren habe er dagegen gestimmt in der Annahme, die Schülerzahlen werden sich anders entwickeln. Das Espengrund-Gymnasium kann so nicht gehalten werden. Der Ergänzungsantrag sei überflüssig, da es sich um Selbstverständlichkeiten handelt, die im Protokoll der Schulkonferenz stehen.

Frau G. Fischer gibt zu Protokoll:

Entsprechend des Vorschlages der Schulkonferenz wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Vertreter des Staatlichen Schulamtes Brandenburg, des Schulträgers, Schulleiter der Gymnasien und Mitglieder der Schulkonferenz mitarbeiten. Die Federführung hat der Fachbereich Schule und Sport.

Abstimmung des geänderten Ergänzungsantrages von Frau Drohla: 4/1/2

Es schließt sich die Abstimmung der DS 05/SVV/0184 mit Ergänzungsantrag an.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Espengrund-Gymnasium (11) nimmt ab Schuljahr 2006/2007 keine 7. Klassen auf und wird mit Beendigung des Schuljahres 2007/2008 geschlossen.
2. Die verbleibenden Klassenstufen 12 und 13 werden ab Schuljahr 2008/2009 am Leibniz-Gymnasium (41) beschult.
3. Die von der Schulkonferenz des Espengrund-Gymnasiums gestellten Forderungen sind zu berücksichtigen:
 - Erhalt des Rechtsanspruches der Schüler des gymnasialen Bildungsganges, an einem Gymnasium der Stadt zu lernen
 - Integration des Espengrund-Gymnasiums in das Leibniz-Gymnasium bei Erhalt der ausgewählten Unterrichtsfächer und Kurse
 - Gründung einer Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Gestaltung des Auslaufs- und Integrationsprozesses

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
 Ablehnung: 1
 Enthaltung: 1

zu 2.3 Abbau der Sekundarstufe I an der Regenbogenschule (7) Fahrland - Oberschule - und Fortführung als Grundschule

Vorlage: 05/SVV/1085

Frau G. Fischer erklärt, dass es an der Regenbogenschule (7) eine klare Situation gibt. Bereits in 3 Schuljahren konnten keine 7. Klassen gebildet werden. Die Voten der Schulkonferenz und des Kreisschulbeirates liegen vor. Der Ortsbeirat Fahrland hat der Vorlage zugestimmt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Infolge der geringen Anwahl der Regenbogenschule (7) Fahrland beim Übergang in die Klassenstufe 7 wird mit Auslaufen der jetzigen Klassenstufe 10 die Sekundarstufe I abgebaut.
2. Ab Schuljahr 2006/2007 wird die Regenbogenschule (7) Fahrland als Grundschule fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

7 Stimmen dafür einstimmig

zu 3 Sachstand Umzug Jugendwohnheim 'Am Schlaatz' unter Bezug auf DS 06/SVV/0005 (kleine Anfrage)

Herr Bretz erinnert, dass es einen Brief der Wilhelm-von-Türk-Schule (42) gab. Dieser veranlasste ihn die Kleine Anfrage DS 06/SVV/0005 zu stellen.

Frau Jonen erläutert die Verfahrensweise mit dem Jugendwohnheim „Am Schlaatz“, wo die Schüler der Oberstufenzentren untergebracht sind, Bestandteil des HSK ist. Der Fachbereich Schule und Sport hat die Aufgabe die Kosten für dieses Wohnheim zu senken. Das Wohnheim ist seit längerer Zeit nicht so ausgelastet, dass sich die Kosten durch die Rechnungslegung ausgleichen. Es musste eine Entscheidung getroffen werden, was zu tun ist. Im Wohnheim der Förderschulen für Hörgeschädigte und Sprachauffällige wurden von Jahr zu Jahr immer weniger Kinder untergebracht, zur Zeit 72 Kinder. Die 3. Etage nutzt der Hort, die 4. Etage ist Wohnheim der Förderschulen, die übrigen Etagen werden zweckentfremdet durch Beratungsstellen und Verwaltung genutzt. Wir hatten festzustellen, ob es machbar ist, dass das Jugendwohnheim dort einziehen kann. Dazu waren viele Gespräche mit dem KIS und der AWO notwendig, was ein langer Prozess war. Im Ergebnis gibt es folgenden Vorschlag:

Nutzung der 1. bis 3. Etage im Haus B als Wohnheim für die Auszubildenden der Oberstufenzentren mit separatem Eingang und separatem Außenbereich. Das Wohnheim der Förderschulen zieht um in die 4. und 5. Etage Haus A und Haus B. Die Sonderpädagogische Förder- und Beratungsstelle bleibt in der 1. Etage Haus A. Der schulpsychologische Dienst, die Arbeitsgruppe Ausstattung Schulen, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie die Beratungsstellen für LRS und Rechenschwäche belegen die 6. Etage bzw. ziehen dorthin um.

Dadurch können zwei Wohnheime an einem Standort untergebracht werden. Wichtig war der separate Eingang für das Wohnheim der Oberstufenzentren. Beide Leiter der Wohnheime haben bestätigt, dass die pädagogische Betreuung gewahrt bleibt. Die bestehenden Aktivitäten bei der vorgeschlagenen Aufteilung beizubehalten, ist möglich. Der Umzug ist für die Sommerferien geplant. Vorher sind Umbauarbeiten und Renovierungen erforderlich.

Frau Kapp, Schulleiterin der Wilhelm-von-Türk-Schule (Förderschule für Hörgeschädigte) erhält Rederecht. Nach ihrer Meinung ist die Sicht der Stadt im Prozess der vorbereitenden Maßnahmen auf die Schule nicht ausreichend. Es ist die einzige Schule für Hörgeschädigte im Land Brandenburg. Die Schülerzahl ist über Jahre konstant und beträgt zur Zeit 130 Schüler. Nur 16 Schüler kommen aus Potsdam. Sie geht auf die Spezifik der Schule ein und spricht sich dagegen aus, den Begriff Förderzentrum zu verwenden. Für ein Förderzentrum gebe es kein Konzept. Sie verweist auf das Raumproblem ihrer Schule. Seit 10 Jahren nutzt die Schule 10 Unterrichtsräume in der Förderschule für Sprachauffällige (44) und 3 Räume im Wohnheim.. 9 Unterrichtsräume befinden sich im Keller. Der Schule fehlen Fachräume. Im Zusammenhang mit dem Umzug des Wohnheimes bittet sie alle räumlichen Veränderungen zu betrachten. Man habe nichts gegen ein gemeinsames Wohnheim mit dem Oberstufenzentrum, aber der Prozess erfordert besondere Aufmerksamkeit. Das pädagogische Konzept darf nicht gestört werden und sollte durch Sozialarbeiter oder Mediatoren begleitet werden. Die Schule wurde in die Gespräche unzureichend einbezogen. Nicht zufriedenstellend sind die Aussagen der Verwaltung zum Rauchverbot und zur Parkplatzsituation.

Frau H. Fischer führt aus, man müsse unterscheiden zwischen Schule und Wohnheim. Es geht nicht um die Schule an sich. Die Verwaltung hat zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Schüler der Oberstufenzentren unterzubringen. Das Jugendwohnheim hat keine 100 %ige Auslastung. Es besteht enormer Sa-

nierungsbedarf. Sie erinnert an die Diskussion zum Beschluss der Gebührensatzung, weil Übernachtungen für die Bedingungen zu teuer sind. Auf der anderen Seite wird das Wohnheim der Förderschulen nicht voll genutzt. Sie bittet um Verständnis, dass man im Oktober noch nicht in die Öffentlichkeit gegangen ist. Die Verwaltung muss die Möglichkeit haben zu prüfen. Die jetzt vorgeschlagene Lösung scheint für beide Partner verträglich. Die jetzige Diskussion in der Öffentlichkeit hat auch dazu geführt, das ein schlechtes Licht auf die Auszubildenden fällt. Es sind in beiden Wohnheimen Erzieher vor Ort, die eingreifen müssen. Man sollte es als Chance nutzen Kontakt zueinander zu finden. Die Stadt kann durch diese Lösung Kosten in Größenordnungen sparen.

Herr Bretz versteht, dass man nicht gleich in die Öffentlichkeit geht. Betroffene sollten aber rechtzeitig einbezogen werden. Er schlägt vor, das Thema Schule als gesonderten Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln und diese vor Ort durchzuführen.

Frau Drohla freut sich über den Vorschlag. Sie fragt, was mit den Auszubildenden der Berufsgruppen Bäcker und Dachdecker passiert und ob sich die eingeschränkte Übernachtungsmöglichkeit auf die Anwahl der Oberstufenzentren auswirkt. Sie möchte wissen ob es einen Qualitätsverlust bei der Betreuung der Kinder der Förderschule gibt und ob die Eltern einbezogen wurden.

Frau Jonen informiert, dass die Stadt Potsdam nach dem Schulgesetz dafür zuständig ist, Auszubildende, die an den drei Oberstufenzentren beschult werden in der Schulzeit unterzubringen. Dafür reichen 100 Plätze aus.

Frau H. Fischer ergänzt, dass die überbetriebliche Ausbildung das Wohnheim in Anspruch genommen hat. Die Stadt ist nicht in der Pflicht diese Plätze vorzuhalten. Mit den Ausbildungsbetrieben wurde ein Gespräch geführt. Die Kinder werden durch Erzieher betreut. Die räumliche Veränderung wirkt sich nicht auf die pädagogische Betreuung aus. Die Eltern wurden über die Veränderungen informiert.

Herr Klamke sieht Probleme in der Zusammenlegung der Wohnheime.

Frau Dr. Lotz sieht kein Problem darin und verweist auf das Oberlinhaus, wo Kinder und Jugendliche auf engem Raum und in den gleichen Häusern zusammenleben. Man sollte die Entwicklung abwarten. Die Erzieher sind da um Einfluss zu nehmen.

Frau Klotz meint, Jugendliche gehen miteinander offener um als Erwachsene denken. Für eine Gruppe ist das Wohnheim Lebensmittelpunkt, für die andere Gruppe ein zeitweiser Aufenthalt. Es gibt eine Hausordnung und das pädagogische Personal wird in der Lage sein müssen diese umzusetzen.

Dr. Steinicke schließt die Diskussion ab. Es ist zu prüfen, ob es Sinn macht, das Thema in nächster Zukunft erneut zu behandeln.

zu 4
zu 4.1

Sonstiges

Regionalwettbewerb Jugend musiziert - Region West

Prof. Dr. Thiel informiert, dass Potsdam seit 10 Jahren Austragungsort für den Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ Region West ist. Dieser Wettbewerb, an dem sich Kinder und Jugendliche aus sechs Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburg und Potsdam beteiligen, ist eine Erfolgsgeschichte der musikalischen Jugendförderung. Im Jahr 2002 gab es 182 Teilnehmer, 2006 waren

es 216 Teilnehmer. Die Städtische Musikschule Potsdam stellte beim diesjährigen Regionalwettbewerb, wie in den vergangenen Jahren, über ein Drittel aller Teilnehmer, nämlich 86. Davon haben 39 Teilnehmer die Qualifizierung für den Landeswettbewerb erreicht, der im März in Cottbus stattfinden wird. Die hervorragenden Ergebnisse der Städtischen Musikschule Potsdam sind unter anderem dem Erhalt des Bestandes an hauptamtlichen Lehrkräften zu verdanken.

zu 4.2 **Grundbildung für Erwachsene**

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass sich das Ministerium für Bildung Jugend und Sport im Zusammenwirken mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM) und dem Brandenburgischen Volkshochschulverband verstärkt seit 2004 mit der Problematik „Grundbildung“ beschäftigt hat. Es wurden sechs inhaltliche Module unter Beteiligung von Mitarbeitern und Kursleitern der Volkshochschule Potsdam erarbeitet, die Ende 2005 in der Broschüre „Grundbildung für Erwachsene“ veröffentlicht wurden:

- das Lernen lernen
- Lesen-schreiben- miteinander reden
- Mathe auf Schritt und Tritt
- Schreiben und informieren am PC
- Private Orientierung und Lebenswelt
- Orientierungswissen Politik und Recht

Als Grundbildung werden Minimalvoraussetzungen an Kenntnissen, Fertigkeiten und sozialen Kompetenzen vermittelt, die für Orientierung und aktives Handeln in der Gesellschaft notwendig sind. Ziel ist es, insbesondere bildungsbenachteiligten und lernungsgewohnten Menschen das Lernen zu ermöglichen. Die Förderung erfolgt mit ESF- und Landesmitteln. Die Volkshochschule Potsdam wird die Module Lesen-schreiben- miteinander reden (220 Unterrichtsstunden), Mathe auf Schritt und Tritt (80 Unterrichtsstunden) und Schreiben und informieren am PC (40 Unterrichtsstunden) ab März 2006 anbieten. Der Eigenanteil pro Modul beträgt 10 Euro pro Teilnehmer. Die Öffentlichkeitsarbeit für diese Angebote soll über ein Netzwerk von Multiplikatoren, wie Arbeitsagenturen, soziale Dienste, Behörden usw. erfolgen, die mit der Zielgruppe in Kontakt stehen.

zu 4.3 **Information zum Campus Am Stern**

Herr Kümmel führt aus, dass in diesem Jahr die Planung Sportplatz Am Stern vorgenommen wird. Es gibt den Wettbewerb und im nächsten Jahr soll Geld über das Programm Soziale Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass die Interessen der Vereine berücksichtigt werden sollen. Fortuna Babelsberg fordert einen Kunstrasenplatz. Er fragt, welche Anforderungen der Bereich Sport an den Baubereich gegeben hat. Im Verwaltungshaushalt 2006 sind Mittel eingestellt. Es wäre unsinnig Geld für einen Hartplatz auszugeben, wenn der Kunstrasenplatz käme.

Herr Gessner erläutert, dass der Wettbewerb für den gesamten Campus Am Stern ausgelobt wird. Es gab Vorbesprechungen dazu, welche Inhalte vom Planungsbüro geplant werden sollen. Aus Sicht der Verwaltung ist es sinnvoll die Fläche als Kunstrasenplatz/Allwetterplatz für Vereins- und Schulsport zu qualifizieren. Zur Zeit steht der Sportplatz häufig unter Wasser. Dieses Problem muss angegangen werden.

Frau G. Fischer ergänzt, um die Beispielbarkeit des Platzes zu garantieren, um Unfallgefahren abzuwenden und weil die Anfrage von Fortuna Babelsberg kam, wurden die Mittel beim KIS für Reparaturen in den Haushalt 2006 eingestellt.

zu 4.4 Information aus dem Jugendhilfeausschuss - Umsetzung des Ganztags-schulprogramms (Vorlage: 05/SVV/0926)

Frau Drohla erinnert an die letzte Sitzung TOP 7.1. und den von ihr eingebrachten Änderungsantrag zu DS 05/SVV/0926. Der Jugendhilfeausschuss hat sich nicht gegen den Änderungsantrag ausgesprochen. Er ist somit im der Beschluss-Antrag enthalten.

zu 4.5 Schwimmhallennutzung

Herr Gessner informiert, dass vor 10 Tagen wegen baulicher Notwendigkeit die Schwimmhalle Am Brauhausberg geschlossen werden musste. In Zusammenarbeit mit der Bäderlandschaft Potsdam GmbH wurden Sofortmaßnahmen eingeleitet. Für den Schwimmunterricht der 3. Klassen und der Förderschulen konnten alle Nutzungszeiten, bis auf 2 Schulen, in die Schwimmhalle Stern verlegt werden. Die beiden Schulen aus Potsdam West haben Hallenzeiten im Luftschiffhafen erhalten. Der Schwimmunterricht der 3. Klassen ist gesichert. Für den Unterricht der gymnasialen Oberstufe werden Zeiten in der Schwimmhalle Am Stern angeboten. Diese müssen in Zusammenwirken des Sportkoordinators und der Schulen so verteilt werden, dass die Abiturprüfung für die gymnasiale Oberstufe abgesichert ist. Zusätzlich werden freie Zeiten am Luftschiffhafen gesucht. Der Personaleinsatz der Bäderlandschaft wird verändert, um der Situation gerecht zu werden. Das Personal wird Am Stern und im Luftschiffhafen eingesetzt. Beim Vereinssport gibt es Einschränkungen, aber alle Vereine haben Schwimmzeiten erhalten. Probleme gibt es beim Wasserball. Für die D-Kader findet gemeinsames Training im Stützpunkt Wasserball in Brandenburg statt. Zum Ausgleich wurden zwei Turnhallenzeiten für Basketball und Volleyball sowie zusätzliche Schwimmzeiten an jedem Werktag zur Verfügung gestellt. Der Spielbetrieb in der Regionalliga ist zur Zeit nicht geklärt. Für den Athletikclub e. V. und Sanssouci-Gym. e. V., die Kellerräume in der Schwimmhalle Am Brauhausberg nutzten, werden Ersatzlösungen gesucht. Die Geschäftsstelle der Wasserwacht und des 1. PSV e.V. konnten in den Luftschiffhafen Haus 33 umgelagert werden. Die Kurse der Volkshochschule konnten verlagert werden und werden realisiert.

Herr Bogel-Meyhöfer begrüßt die Fortführung des Unterrichts für die Grundschulen. Er weist darauf hin, dass die gymnasiale Oberstufe Möglichkeiten erhalten muss, damit die Abiturprüfung gewährleistet ist.

Dr. Steinicke fragt nach dem Bedarfs-Deckungsgrad der Schwimmhallen.

Herr Gessner informiert, dass es aufgrund des Einwohnerzuwachses durch die Eingemeindung konkret neu gerechnet werden muss. Ohne die Schwimmhalle Am Brauhausberg liegt der Bedarfs-Deckungsgrad etwa bei 60 Prozent.

Herr Kümmel möchte wissen, ob Nutzern abgesagt werden mussten.

Herr Gessner erklärt, dass die wesentlichen Schwimmhallennutzer versorgt sind. Zum Beispiel dem Potsdamer Laufclub wurde im Einvernehmen mit dem Verein abgesagt.

Frau G. Fischer teilt mit, dass das Schreiben vom KIS zur Reinigung von Schulen als Information mit dem Protokoll ausgereicht wird. Über das weitere Prozedere wird berichtet.

Dr. A. Steinicke
Ausschussvorsitzender

G. Wildgrube
Ausschussbetreuerin